

Koalitionsvertrag von CSU und FREIE WÄHLER Bewertung der vbw

Position
Stand: November 2018

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

Koalitionsvertrag von CSU und FREIE WÄHLER ist eine gute Basis für den weiteren Erfolg Bayerns

Bereits drei Wochen nach der Landtagswahl haben sich CSU und FREIE WÄHLER auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Die rasche und geräuschlose Art des Zustandekommens zeigt, dass die neue Regierung gewillt ist, gut und lösungsorientiert zusammenzuarbeiten und Sachfragen in den Vordergrund zu stellen. Das stimmt die bayerische Wirtschaft, die ein hohes Interesse an stabilen politischen Verhältnissen im Freistaat hat, optimistisch.

Auch inhaltlich geht der Koalitionsvertrag in die richtige Richtung: Er adressiert die großen Herausforderungen, vor denen die bayerische Wirtschaft steht, wie beispielsweise die Digitalisierung, den Erhalt des Automobilstandorts Bayerns und die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Gleichzeitig wird die erfolgreiche Politik Bayerns in den Bereichen Bildung, Finanzpolitik und innere Sicherheit nahezu nahtlos fortgeführt. Besonders zu begrüßen sind die Ablehnung von Steuererhöhungen, der geplante Einsatz für eine Unternehmenssteuerreform auf Bundesebene sowie das Bekenntnis zum Bürokratieabbau.

Was das angestrebte Klimaschutzgesetz und die geplanten Klimaschutzmaßnahmen angeht, so setzen wir darauf, dass diese Vorhaben nicht zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft gehen. Zudem müssen diese Maßnahmen kombiniert werden mit einem realistischen energiepolitischen Konzept für Bayern, das die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit im Fokus hat.

Einige Punkte des Koalitionsvertrags sind jedoch kritisch zu sehen, wie etwa das Moratorium bei der 3. Startbahn am Münchener Flughafen, die Beschränkung der Vergabe von öffentlichen Aufträgen auf bestimmte Unternehmen sowie die strikte Obergrenze zur Begrenzung des Flächenverbrauchs. Zudem enthält der Koalitionsvertrag eine Reihe von geplanten Zusatzausgaben, etwa für Familien oder im Bereich Gesundheit und Pflege, die den Haushalt erheblich belasten werden.

Der Koalitionsvertrag ist alles in allem eine gute Basis für den weiteren Erfolg Bayerns.

Bertram Brossardt
06. November 2018

Inhalt

1	Bildungspolitik	1
2	Digitalisierung	4
3	Forschung	6
4	Mobilität	7
5	Energie-, Klima- und Umweltpolitik	9
6	Wohnraum und Bauen	13
7	Bürokratieabbau	16
8	Arbeit und Soziales	19
9	Flüchtlingsintegration	25
10	Finanzpolitik	28
11	Tourismus	30
12	Außenwirtschaft	31
13	Europa	32
	Ansprechpartner / Impressum	33

1 Bildungspolitik

Die Vorschläge zur Bildungspolitik gehen in die richtige Richtung und decken sich in hohem Maße mit den Empfehlungen der vbw

Die im Koalitionsvertrag aufgeführten Punkte decken sich in großen Teilen mit den Forderungen und Empfehlungen der vbw. Der Koalitionsvertrag schreibt im Hochschulbereich die positiven Ansätze der Staatsregierung fort, wie z. B. die Neueinrichtung der TU Nürnberg, Ausbau der THs usw. – und liegt damit in weiten Teilen auf der Linie der vbw. Klar abzulehnen ist die andiskutierte Wiedereinführung von „Diplom-Abschlüssen“ für bestimmte Studiengänge.

Im Bereich der digitalen Bildung entsprechen die Vorhaben den Positionen der vbw. Auch hier wird die Arbeit der bisherigen Staatsregierung fortgeschrieben.

Vorschule / Schule

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Bekenntnis zum differenzierten Schulsystem	entspricht vbw Position; vbw führt keine Schulstrukturdebatte; bayerisches Schulsystem konsequent weiterentwickeln
Festhalten am Kooperationsverbot	entspricht vbw Position; Kulturhoheit der Länder soll bewahrt bleiben
Einstellung von 5.000 neuen Lehrkräften bis 2023	positiv zu bewerten; Beitrag zur individuellen und differenzierten Förderung der Schüler und zur Vermeidung von Unterrichtsausfall
500 zusätzliche Stellen für Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter	positiv zu bewerten; multiprofessionelle Teams in Schulen verbessern die Förderung und Betreuung der Schüler
am neuen neunjährigen Gymnasium sollen mehr Vertiefung, mehr Schwerpunkte und mehr Wahlangebote ermöglicht werden	entspricht generell vbw Forderung; Umsetzung im Detail bleibt abzuwarten
Schulen in freier Trägerschaft sollen gestärkt werden (z. B. Erhöhung der Personalkostenzuschüsse)	entspricht vbw Forderung; private Schulen beleben den Wettbewerb und entlasten den Staat

Bildungspolitik

Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter zusammen mit dem Bund; Schaffung von 10.000 Hortplätzen und Ausbau von Rand- und Ferienzeiten	positiv zu bewerten; Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf; birgt Option zu mehr individueller Förderung
--	--

Hochschule

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Bayerns Spitzenforschung „kraftvoll“ ausbauen (v. a. KI Zentrum, Medizin, Luft- und Raumfahrt)	positiv zu bewerten
Ausbau außeruniversitärer Forschungsstruktur	positiv zu bewerten
Regionalisierungsstrategie und begonnene Projekte wie Aufbau TU Nürnberg, Augsburger Universitätsklinikum, Ausbau THs fortführen	grundsätzlich positiv zu bewerten, um Lehr- und Forschungsstandort Bayern voranzubringen
Lehr- und Studiumsbedingungen verbessern (u. a. 18.000 neue Studienplätze, besser auf Heterogenität der Studierenden eingehen, mehr Beratungsangebote, Situation der Lehrbeauftragten verbessern und mehr Stellen im Mittelbau)	grundsätzlich positiv zu bewerten, allerdings sollte die Ausgestaltung der Beschäftigungssituation weiter im Ermessen der jeweiligen Hochschule liegen und nicht im Detail vorgegeben werden
Wiedereinführung des Diploms für bestimmte Studiengänge prüfen und an Staatsexamen festhalten	entspricht nicht der vbw Position; Gefahr: ein „Flickenteppich“ der Abschlüsse hilft weder Studierenden noch Unternehmen
Duale Studiengänge, Weiterbildungsangebote und lebenslanges Lernen stärken und weiter ausbauen	positiv zu bewerten
Internationalisierung v .a. in der Forschung	positiv zu bewerten, allerdings wäre Stärkung der Internationalisierung bei den Studierenden ebenfalls wünschenswert
solide Grundfinanzierung der Hochschulen, Investition in Gebäudesubstanz und Wohnungsbau für Studierende	positiv zu bewerten
Bekenntnis zum Exzellenzansatz	positiv zu bewerten

Berufliche Aus- und Weiterbildung

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Stärkung der dualen Ausbildung und des Meisters	positiv zu bewerten
Bekennung zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung	positiv zu bewerten
Weiterentwicklung der Berufsorientierung an allen Schulen	positiv zu bewerten; Umsetzung im Detail bleibt abzuwarten
Schulgeldfreiheit in den Sozial- und Gesundheitsberufen	positiv zu bewerten; Beitrag zur Fachkräftegewinnung in Mangelberufen
Unterstützung bei der Ausstattung der beruflichen Schulen mit Blick auf die Bedarfe durch die Industrie 4.0	positiv zu bewerten; Umsetzung im Detail bleibt abzuwarten
Fortführung der Allianz für starke Berufsbildung in Bayern	positiv zu bewerten
Fortführung des Pakts für berufliche Weiterbildung 4.0	positiv zu bewerten

Digitale Bildung

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Einrichtung von 50.000 digitalen Klassenzimmern	positiv zu bewerten
Ausbau der Breitbandanbindung der Schulen	positiv zu bewerten
flächenwirksame Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte	positiv zu bewerten
Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen	positiv zu bewerten; Bildungsziel ist die digitale Souveränität

2 Digitalisierung

Vorhaben der Koalitionäre gehen in die richtige Richtung, könnten aber ambitionierter sein

Mit der Schaffung eines Digitalisierungsministeriums zeigt die Koalition erfreulicherweise, dass das Thema für sie große Bedeutung hat. Das Ziel, alle Haushalte bis 2025 mit Gigabit auszustatten ist positiv zu bewerten. Es fehlen allerdings Ziele für die beschleunigte Breitband-Versorgung von Unternehmen bzw. Gewerbegebieten. Positiv ist auch das ehrgeizige Vorhaben, beim Thema „Mobilfunk / 5 G“ Vorreiter zu werden, auch wenn hier noch klar definierte Ziele fehlen. Zu begrüßen sind auch weitere Maßnahmen, etwa die Digitalisierung der Verwaltung und der Ausbau der staatlichen Infrastruktur zur Gefahrenabwehr bei Cyber-Angriffen. Positiv ist auch, dass die Koalition beim Thema Datenschutz „die Kirche im Dorf“ lässt. Wichtig ist es, jetzt positive Signale für die Datenwirtschaft zu setzen.

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Alle Haushalte bis 2025 gigabitfähig machen; schnellst möglich sind neben der privaten Anbindung Schulen, Krankenhäuser und Rathäuser entscheidend	Grundsätzlich positiv, die Wirtschaft wurde aber leider offenbar ausgeblendet. Zentral muss eine möglichst schnelle höchstleistungsfähige Erschließung sämtlicher Gewerbegebiete und Unternehmen sein. Das Wahlprogramm der FW hatte hier noch einen Schwerpunkt des beschleunigten Ausbaus gesehen.
Mobilfunk: Programme fortsetzen, bei 5G Vorreiter werden. Dazu soll der Bund eine 4G-Ausbauverpflichtung im Rahmen der Ausschreibungen umsetzen	Richtung stimmt, es fehlen aber klare und ambitionierte Ziele, beispielsweise im Hinblick auf die flächendeckende Erschließung von Straßen mit höchstem Standard.
Bayerische Blockchain-Strategie, einschließlich einer möglichen Verankerung in den Lehrplänen	Das Thema ist fraglos relevant. Vor der Aufnahme in die Lehrpläne muss aber die Erprobung nützlicher Anwendungsfälle und deren Erprobung stehen.
IT-Sicherheit: staatliche Infrastruktur zur Gefahrenabwehr ausbauen und besser schützen, Mittelstand im Kampf gegen Wirtschaftsspionage unterstützen, BayernCloud entwickeln	Zustimmung, eine BayernCloud wird aber nicht die Lösung sein, zumal sich das Problem auch nicht in Wirtschaftsspionage erschöpft.

Digitalisierung

Wichtig wären die Forschung im Bereich Cyber-Sicherheit, die Unterstützung auch z. B. der Betreiber kritischer Infrastrukturen bei der Erfüllung ihrer Sicherheitspflichten und Ansätze zur Fachkräftegewinnung.

Unterstützung bei der digitalen Transformation, Fortsetzung Digitalbonus

Zustimmung

Digitale Verwaltung: wichtigste Anwendungen ab Ende 2020 flächendeckend online verfügbar; Förderprogramm für den kommunalen Bereich; bis 2023 deutschlandweite Führungsrolle, digitales Bürgerportal

Es fehlt ein digitales Unternehmerportal; die Ziele waren bei der CSU bislang ambitionierter.

Netzneutralität

Grundsätzlich Zustimmung, mit zwei Einschränkungen:

- Netzneutralität setzt voraus, dass das Netz im Hinblick auf Kapazität, Stabilität, Sicherheit und Qualität auch innovativen und anspruchsvollen Anwendungen gerecht wird
- bestimmten klar definierten sicherheitsrelevanten Anwendungen (z.B. Echtzeitkommunikation im vernetzten und automatisierten Verkehr) muss im Zweifel Vorrang eingeräumt werden

Schutz der Privatsphäre und Sensibilisierung der Bevölkerung dafür

Datenschutz wird bereits in hohem Maße gewährt, weitere Regulierung in diesem Bereich muss unterbleiben. Wichtiger wäre tatsächlich eine Sensibilisierung für den notwendigen Schutz vor Cyber-Angriffen und Datenverlust.

Zu Recht wurden weitergehende Vorstellungen der FW zur Datennutzung (z. B. neue Informationspflichten) nicht aufgegriffen

3 Forschung

Vorschläge der Koalitionäre zur Forschung sind zu begrüßen

Mit der Förderung des Forschungs- und Wissenschaftsstandorts Bayern stärkt die Staatsregierung die Wettbewerbsfähigkeit des Freistaats und seiner Unternehmen. Einige Empfehlungen des Zukunftsrats der Bayerischen Wirtschaft werden aufgegriffen. Auch die noch nicht besonders berücksichtigten Schlüsseltechnologien, wie die Energiesystemforschung, die Nanotechnologie oder intelligente Verkehrssysteme, müssen im Laufe der Legislaturperiode in den Fokus genommen werden.

Die Verbindung zur Praxis muss noch intensiver werden. Bei der Förderung von Erfindern, Gründern bzw. Start-ups muss sichergestellt werden, dass es eine Förderung entlang der gesamten „Wertschöpfungskette“ der Innovation – von der Idee bis zu deren marktlicher Verwertung – erfolgt. Ein „valley of death“ darf es nicht geben.

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Weitere Verfolgung von Leuchtturmprojekten an universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen	Positiv. Hervorzuheben ist, dass die Einrichtung des Hochleistungssequenzierzentrums am Helmholtz Zentrum und die Bedeutung der Künstlichen Intelligenz bekräftigt werden. Andere zuletzt vom Kabinett beschlossene Einrichtungen und Projekte werden nicht erwähnt – die vbw erwartet, dass sie gleichwohl alle umgesetzt werden.
Ausbau der Spitzenforschung inkl. Medizin	Positiv. Hier gilt es, gemeinsam mit der Wirtschaft die relevanten Spitzentechnologien zu identifizieren und adäquat zu stärken.
Kompetenznetzwerk „Künstliche maschinelle Intelligenz“	Positiv, allerdings muss es Ziel bleiben, ein echtes KI-Zentrum auf internationalem Spitzenniveau zu schaffen, das eng mit den starken Anwenderbranchen in Bayern verknüpft ist.
Stärkung des Luft- und Raumfahrtstandorts Bayern	Positiv

4 Mobilität

Vorhaben sind grundsätzlich zu begrüßen, enttäuschend ist aber das Moratorium bei der 3. Startbahn am Münchner Flughafen

Positiv zu bewerten ist insbesondere das Bekenntnis zum Auto und zur Umsetzung des bayerischen Automobilpaktes sowie die Absage an Fahrverbote. Wichtig ist, dass jetzt konkrete Umsetzungskonzepte folgen, die die Unternehmen im Wandel begleiten und die Herausforderungen im Verkehrsbereich angehen, ohne neue Belastungen zu schaffen. Autonomes und vernetztes Fahren müssen in und von Bayern weiter vorangetrieben werden. Auch die Pläne zur Stärkung des ÖPNV und des Schienenpersonennahverkehrs sowie die Vernetzung der Verkehrsträger begrüßen wir. Ebenso positiv ist das Bekenntnis, in Staatsstraßen zu investieren. Sehr kritisch sehen wir allerdings das Moratorium bei der 3. Startbahn am Münchner Flughafen. Auch die Notwendigkeit des Brenner Nordzulaufs (Bahntrasse) sollte außer Frage stehen.

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Planungen zur 3. Start- und Landebahn am Flughafen München werden nicht weiterverfolgt; Erarbeitung eines „Bayerischen Flughafenkonzepts“	Sehr enttäuschend. Der Ausbaubedarf steht aus Sicht der Wirtschaft außer Frage. Wir verlieren dadurch wertvolle Zeit, in der andere Flughäfen dem Flughafen München die Hub-Funktion streitig machen. Minimalziel wäre die Festlegung objektiver Kriterien gewesen, die einen Start des Ausbaus auslösen. Das muss nun integraler Bestandteil des Flughafenkonzepts werden.
Bekenntnis zur Automobilindustrie und zum Auto	Zustimmung
Fortsetzung des Automobilpaktes Bayern	Zustimmung
Absage an Fahrverbote, Technologieneutralität, Umstellung der Fahrzeugflotten im ÖPNV auf Elektromobilität beschleunigen	Zu begrüßen; leider bleibt das „wie“ offen. Gleichzeitig will sich die Koalition konsequent für Luftreinhaltung und Verbraucherinteressen einsetzen, so dass neue Widersprüche drohen. Ein klares Konzept ist dringend erforderlich.
Einzelmaßnahmen – Einführung eines einheitlichen bayernweiten elektronischen Tickets – 365-Euro-Jahresticket für Ballungsräume	Grundsätzlich keine Einwände, wobei wichtigste Herausforderung des ÖPNV heute sicher nicht die fehlende Attraktivität

Mobilität

<ul style="list-style-type: none"> – Aufstockung der ÖPNV-Zuweisungen – WLAN in Zügen und Bussen – Anschaffung von Bussen, Trams und U-Bahnen – SPNV: Taktverdichtung, Lückenschluss durch Expressbusse – Fortsetzung der Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität 	ist, sondern Kapazität, Flexibilität und Vernetzung. Für den Schienenverkehr fehlt z. B. ein Hinweis auf die Herangehensweise bei der notwendigen Elektrifizierung (Bundesaufgabe, muss aber von Bayern aus vorangetrieben werden); vage Ideen bzgl. Hybrid und Wasserstoff

Unterstützung „innovativer Zukunftsprojekte“ (z. B. Seilbahn, Flugtaxis) Unterstützung von „leistungsfähigen bedarfsorientierten Bedienformen (SmartBus, Flexibus, Bürgertaxi)“	Sehr vage. Erforderlich wäre ein umfassendes Konzept für Mobilität, in das sich die einzelnen Bausteine einfügen können.

Digitalisierung und Vernetzung	Ankündigungen gehen leider nicht über Allgemeinplätze hinaus, autonomes und vernetztes Fahren fehlt.

Deutliche Erhöhung des Radverkehrsanteils (20 Prozent statt 11 Prozent der Wege)	Fortsetzung eines bestehenden Programms; grundsätzlich keine Einwände

Güterverkehr: Verlagerungsziel, aber Infrastellung des Ausbaubedarfs beim Brennerzulauf und „maximale Anwohnerfreundlichkeit“	Die Verlagerung wird nicht gelingen, wenn entscheidende Bahn-Strecken wie der Brenner Nordzulauf in Frage gestellt und beim Chemiedreieck ohne Konkretisierung sind. Hier wären klare Aussagen und Ziele wünschenswert.

5 Energie-, Klima- und Umweltpolitik

Energie-, Klima- und Umweltschutz der Koalition darf nicht zur einer Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft führen

Der Klimaschutz gewinnt die Überhand im energiepolitischen Zieldreieck, zulasten von Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Bei der Umsetzung des Koalitionsvertrags wird entscheidend sein, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere der Industrie, auch künftig angemessen berücksichtigt wird. Richtig ist, dass Speichertechnologien ein größeres Gewicht eingeräumt werden soll. Andere wichtige Aspekte wie die Digitalisierung kommen aber zu kurz.

Bei der Umweltpolitik werden im Wesentlichen die bisherigen Ansätze weiterverfolgt. Ein deutlicheres Bekenntnis zum Kooperationsgedanken und zur gleichberechtigten Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Belange wäre wünschenswert. Die Richtgröße für den Flächenverbrauch ist aus unserer Sicht nicht der richtige Weg in der Flächenpolitik. Wesentlich zielführender wäre jedenfalls ein Abstellen auf die tatsächliche Versiegelung.

Beim Verbraucherschutz ist der Ansatz, auf Anreize statt auf Verbote zu setzen positiv zu bewerten, zumal die FREIEN WÄHLER hier ursprünglich deutlich schärfere Vorgaben gefordert haben.

Energie (und Klima)

Vorhaben Koalitionsvertrag

vbw Bewertung

Schnellstmöglicher Ausbau von Erneuerbaren Energien (EE), Speichern und Stromnetzen und Ausstieg aus der Kohleverstromung

Das Bekenntnis zum Stromnetzausbau und zu Speichern ist zu begrüßen, beim Kohleausstieg und Ausbau der EE ist dagegen für Bayern nicht die Geschwindigkeit maßgeblich, sondern die Gewährleistung von Preisstabilität und Versorgungssicherheit.

Richtig ist, dass der Ausbau der EE netzsynchron erfolgen soll.

Eine Stärkung von F+E im Bereich Speicher sowie die positive Begleitung von Projekten wie dem Pumpspeicherkraftwerk Riedl sind klar zu begrüßen.

Schwerpunkt regionale und dezentrale Energieerzeugung mehr Wertschöpfung vor Ort erzielen Schwerpunkt bei den Verteilnetzen, Optimierung vor Ausbau	Als Ziel in Ordnung, darf aber nicht zu weiteren Verzögerungen beim Ausbau der Transportleitungen führen. Anderenfalls drohen Versorgungsengpässe und die Schaffung neuer Strompreiszonen. Die meiste Wertschöpfung lässt sich vor Ort erzielen, wenn die Industrie erhalten und gestärkt wird.
Ersatz von fossilen Energieträgern, Förderung von Power-to-gas und Wasserstoff	Es müssen auch andere Optionen (z. B. Power-to-liquid) berücksichtigt werden; zudem bleiben fossile Energieträger für eine lange Übergangszeit wichtig, die es zu gestalten gilt.
Neuausrichtung der EEG-Förderung hin zu mehr Markt- und Systemintegration	Den programmatischen Aussagen ist zuzustimmen.

Klima

Vorhaben Koalitionsvertrag

vbw Bewertung

Verfassungsrang für den Klimaschutz Bayerisches Klimaschutzgesetz mit konkreten CO ₂ -Zielen; als übergeordnetem Einsparziel bleibt es bei der Reduktion des Ausstoßes auf unter 2 Tonnen	Aus denselben Gründen kritisch zu sehen, wie die Planungen für ein Klimaschutzgesetz auf Bundesebene; Es fehlt ein klares Bekenntnis zu den weiteren – mindestens gleichberechtigt zu berücksichtigenden – Zielen wie der Versorgungssicherheit im Rahmen der Energie- und unserer Wettbewerbsfähigkeit. Klimaschutz ist wichtig, darf aber nicht als übergeordnetes Ziel verstanden werden und die Anforderungen an einzelne Branchen dürfen nicht überspannt werden, z. B. im Bereich Mobilität.
International koordinierte Einführung eines CO ₂ -Preises wird befürwortet	Sehr kritisch, da notwendige Einschränkungen fehlen. Insbesondere darf das nicht als zusätzliche Belastung eingeführt werden, sondern es müssen im Gegenzug andere Instrumente zurückgefahren werden.

Umwelt

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
„Umweltpartnerschaft“ (= Umweltpakt) mit der Wirtschaft über 2020 hinaus fortführen	Festlegung seitens der Wirtschaft bzgl. einer Fortführung erfolgt nach Maßgabe der Zusammenarbeit in den kommenden Jahren und unter Berücksichtigung der 2020 anstehenden Themen. Die dort genannten Maximen „Freiwilligkeit, Kooperation, marktwirtschaftliche Instrumente“ müssen für jedes umweltpolitische Handeln gelten, was im Koalitionsvertrag im Detail unklar bleibt.
Flächenverbrauch: Für Siedlungs- und Verkehrsflächen wird eine Richtgröße von fünf Hektar je Tag im Landesplanungsgesetz angestrebt, mit Steuerungsinstrumenten, die mit den Kommunen entwickelt werden	Aus Sicht der vbw ist das nicht der richtige Ansatz, immerhin aber gegenüber einer verpflichtenden Vorgabe vorzugswürdig. Vor der Aufnahme eines entsprechenden Ziel muss eine kritische Auseinandersetzung mit Zielkonflikten etwa auf dem Feld des Wohnungsbaus und der gewerblichen Entwicklung erfolgen. Außerdem sollte nicht auf die Umwidmung für Siedlungs- und Verkehrszwecke, sondern auf Flächenversiegelung abgestellt werden.
Einzelne Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none"> - Entsiegelungsprämie - Flächensparender Ausbau von Staatsstraßen - Evaluation der Neuregelung beim Anbindegebot im Jahr 2020 	Zustimmung Zustimmung Angesichts der Planungsdauer ist der Zeitpunkt verfrüht. Es fehlt eine konstruktive Weiterentwicklung der Ausgleichsflächenpolitik (z. B. stärkere Nutzung vorhandener Ökopunkte)

Energie-, Klima- und Umweltpolitik

Weitere Maßnahmen Umweltpolitik

- Fortsetzung der Hochwasserstrategie
- Hochwertiges Trinkwasser
- Pakt mit der Wirtschaft zur Verringerung von Mikroplastik
- Schutz des Waldes (10 Prozent der staatlichen Waldfläche von Nutzung ausnehmen)
- Vertragsnaturschutzprogramm: Verdoppelung der Flächen
- Naturoffensive Bayern
- Umgang mit Bodenaushub: Böden sollen möglichst im Bereich des Bauvorhabens verbleiben können

Bei diversen Themen (z. B. Waldschutz, Trinkwasserschutz) bleibt zumindest offen, inwieweit wichtige wirtschaftliche Belange berücksichtigt werden (z. B. Holzversorgung zu angemessenen Preisen, Rohstoffabbau) und die notwendige Einbeziehung der jeweiligen Akteure (z. B. Landwirtschaft) erfolgen soll.

Zu verschiedenen Aspekten fehlen die Details, um die geplanten Maßnahmen bewerten zu können (z. B. neue Umweltinitiative „Stadt.Klima.Natur“, Naturoffensive, Trockenheitsmanagementkonzept)

Zu begrüßen sind die Absage an neue Steuern und Abgaben beim Thema Plastik und die Stärkung des Vertragsnaturschutzprogramm als freiwillige Maßnahme. Bei der Verfüllthematik (Bodenaushub) ist eine praxisnähere Ausgestaltung dringend erforderlich.

Verbraucherschutz:
Anreize statt Verbote

Der Ansatz ist richtig. Es fehlen aber Details, immerhin wurden aber nicht die schärferen Vorstellungen der FW übernommen.

6 Wohnraum und Bauen

Wirksame Impulse für den Wohnungsbau, weiteres Potenzial vorhanden

Der Koalitionsvertrag enthält eine Fülle zielführender Impulse zur Förderung des Wohnungsbaus in Bayern. Für den Erfolg der Maßnahmen besonders vielversprechend ist es, dass der Vertrag insbesondere auf die Potenziale privaten Bauens setzt. Bei der Umsetzung gilt es, zusätzlichen und verdichteten Wohnungsbau breiter als im Vertrag angelegt mit bedarfsgerechter Entwicklung weiterer Infrastrukturen zu verbinden. Dabei muss auf einen sach- und praxisgerechten Umgang mit den im Umweltkapitel des Vertrages angelegten Zielen zur Einschränkung des Flächenverbrauchs geachtet werden. Kritisch ist, dass die Potenziale der Digitalisierung – namentlich die Umsetzung des Building Information Modeling (BIM) in der Breite – bei Weitem nicht ausgeschöpft werden.

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Bis 2025 Errichtung von 500.000 Wohnungen in Bayern – größtenteils durch den privaten Sektor	Zustimmung; insbesondere auch zur realistischen Orientierung an den Potenzialen privaten Bauens
Verstetigung der Förderung des Sozialen Wohnungsbaus auf hohem Niveau	Zustimmung
Garantierte Fortführung des Programms zu kommunalem Mietwohnungsbau bis 2025	Zustimmung
Verlängerung der Bindungsfrist für Sozialwohnungen von 25 auf 40 Jahre	Wirtschaftlich nur vertretbar, wenn die durch die lange Bindung niedrigen Einnahmeperspektiven beim Eigentümer ausgeglichen werden; sozialpolitisch aufgrund regelmäßig hoher Fehlbelegungsquoten zu hinterfragen
Bau von 10.000 erschwinglichen Wohnungen durch den Freistaat	Zustimmung
Nutzung aller in Frage kommenden staatlichen Grundstücke und Konversionsflächen als Bauland für Wohnraumschaffung	Zustimmung, sofern auch private Bauherren zum Zuge kommen können und Bauland kostengünstig verfügbar wird
Prüfung, ob an Hochschulen Flächen zur Errichtung von Studentenwohnheimen zur Verfügung gestellt werden können	Zustimmung

Wohnraum und Bauen

Bekanntnis zu bayerischer Eigenheimzulage und bayerischem Baukindergeld Plus	Zustimmung, fördert allerdings eher die Eigentumsbildung als den Wohnungsbau
Entlastung insbesondere von Familien beim Ersterwerb selbstgenutzten Wohneigentums durch einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer	Darf nicht zu Höherbelastung anderer Erwerbe führen
Eintreten für Wiedereinführung der degressiven AfA bei Wohnungsneubauten	Zustimmung
Bundratsinitiative für steuerfreie oder steuerbegünstigte Entnahme von Bauland aus landwirtschaftlichem Betriebsvermögen für Miet- oder Eigentumswohnungsbau	Zustimmung
Überprüfung bautechnischer Normen und Standards (etwa EnEV), um schneller und einfacher zu bauen; Einsatz für entsprechend kritische Evaluierung der Zusammensetzung der DIN-Ausschüsse im Bereich bau- und brandschutztechnischer Normierung	Zustimmung; bei Festhalten am Ziel qualitativ hochwertigen Bauens
Weiterentwicklung der Bayerischen Bauordnung mit dem Ziel schnellerer und günstigerer Verfahren, etwa im Bereich Brandschutz	Zustimmung
Vereinfachung und Beschleunigung von Planen und Bauen durch Digitalisierung (digitale Baugenehmigung, Modellprojekte)	Zustimmung, muss breit angelegt werden – von der Umstellung alltäglicher Prozesse, wie der Genehmigung der Gehwegnutzung für Baustellen bis zum Building Information Modeling (BIM). Letzteres fehlt völlig.
Unterstützung der Kommunen bei der Festlegung von Sanierungsgebieten und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen	Zustimmung
Prüfung der Möglichkeit einer Initiative zur Vereinfachung der Vorschriften des Baugesetzbuches	Zustimmung
Einsatz für konsequente Umsetzung der Maßnahmen des Wohnungsgipfels der Bundesregierung vom September 2018	Zustimmung

Wohnraum und Bauen

Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum in Städten / im Bestand: bessere Ausnutzung bestehender Flächen, intelligenteres, nachhaltigeres und flexibleres Bauen, neue Formen ökologischen Bauens; Erhalt von Grünzügen, Rücksicht auf Grün- und Erholungsflächen, Quartierscharakter, Verkehrserschließung

Zustimmung; Anlage schon in der Bauleitplanung nötig; neben Erholungs- und Verkehrsinfrastruktur müssen auch die Ver- und Entsorgungsinfrastruktur einschließlich einer starkwassergerechten Abwasserinfrastruktur sowie die Wirtschaftsinfrastruktur bedarfsgerecht mitwachsen

Auf Bundesebene beim Wohngeld Einsatz für ein höheres Niveau und Berücksichtigung der Zustände in Hochpreisgebieten; Bereitschaft zu deutlich höheren Ausgaben, bei weiter hälftiger Teilung mit dem Bund

Zustimmung

7 Bürokratieabbau

Vorhaben der Koalition sind zu begrüßen

Der Koalitionsvertrag geht auf wichtige Forderungen der vbw ein. Das Ziel, Gründer, Mittelstand und Handwerk von unnötiger Bürokratie zu befreien, ist im Grunde zu begrüßen. Allerdings sollte man den Bürokratieabbau für Unternehmen aller Größenklassen anstreben. Positiv ist auch die Absicht, die Zahl der Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften auf ein Minimum zu begrenzen und eine Paragraphenbremse einzuführen.

Vorhaben Koalitionsvertrag

vbw Bewertung

Wir wollen gerade Existenzgründer von unnötiger Bürokratie befreien. Dazu führen wir insbesondere den „Runden Tisch zum Bürokratieabbau bei Gründungen“ fort und setzen uns auf Bundesebene weiter nachdrücklich für Verbesserungen im Steuerrecht sowie bei Statistik- und Dokumentationspflichten ein. Hier werden wir eine Abstufung nach Klein-, Mittel- und Großunternehmen prüfen.

Dem Vorhaben ist zuzustimmen. Aber nicht nur kleine und mittelständische Unternehmen werden aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen von den Statistik- und Dokumentationspflichten übermäßig belastet. Daher müssen die jetzt getroffenen Vereinbarungen möglichst für alle Unternehmen zügig umgesetzt werden.

Mittelstand und Handwerk wollen wir von unnötiger Bürokratie entlasten. Wir prüfen Bundesratsinitiativen zur Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge sowie zur Verringerung der ausufernden Bürokratie im Bereich der Mindestlohn-Dokumentation.

Das Vorhaben ist zu begrüßen. Die Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge belastet Unternehmen mit unnötigem Verwaltungsaufwand. Im Bereich der Mindestlohn-Dokumentation geht das Vorhaben nicht weit genug. Die Pflicht zur Aufzeichnung der Arbeitszeit von geringfügig Beschäftigten muss komplett aus dem Gesetz gestrichen werden. Auch die Subunternehmerhaftung beim Mindestlohn muss abgeschafft oder zumindest auf das Mindestmaß der Durchsetzungsrichtlinie zur europäischen Entsenderichtlinie zurückgefahren werden.

Bürokratieabbau

Wir machen die Verwaltung digital. Wir nutzen die Digitalisierung für noch mehr Bürgerfreundlichkeit in der Verwaltung. Ab Ende 2020 wollen wir für die wichtigsten Anwendungen flächendeckende Online-Services für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen bereitstellen. Dazu starten wir ein Förderprogramm zur digitalen Bereitstellung von Online-Diensten im kommunalen Bereich.

Bis 2023 wird Bayern die deutschlandweite Führungsrolle bei der Bereitstellung elektronischer Behördendienste einnehmen. Wir realisieren gemeinsam mit den weiteren Ländern und der Bundesebene ein digitales Bürgerportal für Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen, mit Hilfe dessen möglichst alle Verwaltungsdienstleistungen elektronisch verfügbar gemacht werden.

Das Vorhaben ist zu begrüßen. Durch den Ausbau des E-Government können Mehrfacherhebungen derselben Daten vermieden und Antragsverfahren erleichtert und beschleunigt werden. Mit der konsequenten Anwendung von Online-Verfahren wären administrative Auflagen für Unternehmen erheblich einfacher umzusetzen.

Die Einführung eines Webportal für sämtliche staatliche Genehmigungs- und Meldepflichten würde den Verwaltungsaufwand deutlich reduzieren. Der Gedanke der only-once-Erhebung muss dabei aber ebenfalls konsequent verfolgt werden.

Bürokratieabbau

Für Wirtschaft und Ehrenamt sind bürokratische Auflagen und Pflichten eine ständige Herausforderung. Viele Gesetze, Verordnungen und Richtlinien verursachen in der Praxis einen teils unnötigen Mehraufwand. Das trifft gerade Mittelstand, Handwerk, Landwirtschaft und Vereine, da hier aufwendige Dokumentationspflichten von wenigen Mitarbeitern, vom Inhaber oder vom Vorstand selbst durchgeführt werden müssen. Das bindet unnötig Kräfte, ohne Mehrwert zu bieten. Wir wollen dies ändern.

Volle Zustimmung zu diesem Vorhaben.

Wir schließen ein Bündnis für Freiheit mit Wirtschaft und Ehrenamt. Dabei wollen wir besonders den Gesetzesvollzug ins Auge fassen. Wir setzen mehr auf Beratung statt auf Sanktionen und mehr auf Kooperation statt auf Konfrontation.

Zustimmung.

Wir wollen praxistauglichere und leichter handhabbare Regelungen schaffen. Dazu werden wir künftig in geeigneten Fällen staatliche Regelungen und Vollzugshilfen vor ihrem Inkrafttreten gemeinsam mit ausgewählten Unternehmen oder anderen Adressaten einem besonderen Praxis-Check unterziehen und in einem Testlauf erproben.

Das Einführen von Praxis-Checks ist eine Hauptforderung der vbw. Jedes neue Rechtsetzungsvorhaben muss in Bezug auf Notwendigkeit, Alternativen, Regelungsumfang, Verständlichkeit, Praktikabilität, Geltungsdauer und das Verhältnis von Kosten und Nutzen überprüft werden. Ist die Notwendigkeit für eine neue Regulierung nicht eindeutig nachgewiesen, muss darauf verzichtet werden.

Wir treiben den Bürokratieabbau voran. Wir wollen die Zahl der Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften auf ein Minimum begrenzen und die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen durch eine Paragraphenbremse konsequent von unnötigen Vorgaben entlasten.

Das Vorhaben ist zu begrüßen. Die Regierung sollte aber klare Zwischenziele definieren (z. B. Reduzierung des Vorschriftenbestands um mindestens 25 Prozent bis zum Ende der Legislaturperiode).

8 Arbeit und Soziales

Teurer Ausbau von Sozialleistungen, aber erste gute Ansätze zur Flexibilisierung der Arbeitszeit

Im Bereich Arbeit und Soziales liegen die Schwerpunkte auf den familienpolitischen Leistungen und der wohnortnahen Gesundheits- und Pflegeversorgung. An diesen Punkten werden zahlreiche Leistungsausweitungen avisiert, die den Haushalt erheblich belasten werden. Grundsätzlich zu begrüßen ist, dass im Bereich Medizin und Gesundheit Empfehlungen des Zukunftsrats der Bayerischen Wirtschaft aufgegriffen werden.

Die Koalitionsvorhaben zur Arbeitswelt in Bayern setzen die richtigen Schwerpunkte. Bereits begonnene Initiativen – etwa der Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0 – werden sinnvollerweise fortgesetzt. Besonders positiv ist, dass der Koalitionsvertrag den Einstieg in die Flexibilisierung der Arbeitszeit vorsieht.

Zu begrüßen ist auch das Bekenntnis zum bayerischen Fachkräftesicherungsprogramm.

Arbeit

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Öffentliche Aufträge sollen nur an Unternehmen gehen, die sich zur gleichen Bezahlung von Frauen und Männern verpflichten.	Die Erweiterung der Vergabekriterien um Aspekte der Lohngerechtigkeit ist abzulehnen, da so ein zusätzlicher Dokumentationsaufwand für Unternehmen entsteht. Bei der Vergabe muss weiterhin die Wirtschaftlichkeit ausschlaggebendes Kriterium sein.
Stärkung der beruflichen Inklusion durch Kooperation mit AG und staatlichen Modellprojekten	sehr zu begrüßen, entspricht den Leitlinien in der kürzlich unterzeichneten „Gemeinsamen Erklärung“ zur beruflichen Inklusion
„Bayern barrierefrei“ als Ziel und Verpflichtung; Sonderinvestitionsprogramm für dezentrale Komplexeinrichtungen	zu begrüßen, da Kompetenzen gebündelt werden können, Dezentralität aber auch die Einbindung des Sozialraums möglich macht; insgesamt unter Finanzierungsvorbehalt
Langzeitarbeitslosigkeit weiter bekämpfen	positiv, aber nicht weiter erläutert

Weiterbildungsinitiatoren als digitale Bildungsberater	sehr zu begrüßen: vbw und bayme vbm haben kürzlich das Modellprojekt „IT- / Digitalisierungspädagoge“ gestartet
Bildungsschecks von bis zu 500 Euro für Mitarbeiter von KMU	grundsätzlich positiv, insbesondere durch den Bezug auf KMU
Familienfreundlichkeit als Standard in der modernen Arbeitswelt	vage formuliert: wichtig ist, die Unternehmen nicht mit zusätzlicher Regulierung zu belasten und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu gefährden. Familienpakt wird nicht explizit erwähnt.

Digitale Arbeitswelt

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Die Digitalisierung der Arbeitswelt wollen wir menschlich gestalten und im Sinne der Familien nutzen, etwa durch flexiblere Arbeitszeit- und Arbeitsortregelungen, gerade im Hinblick auf Ruhezeiten oder die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten.	Digitalisierung darf nicht per se als etwas Negatives verstanden werden, das erst durch entsprechende Gestaltung menschlich wird. Wertguthaben (Lebensarbeitszeitkonten) können eine zeitgemäße Antwort auf betriebliche Herausforderungen, wie zum Beispiel den demografischen Wandel oder Flexibilisierungswünsche der Beschäftigten, sein. Durch die strengen und viel zu bürokratischen Vorgaben im IV. Buch des Sozialgesetzbuches sind solche Gestaltungen für Unternehmen wie Arbeitnehmer jedoch oft nicht attraktiv. Ein Rechtsanspruch auf Lebensarbeitszeitkonten ist strikt abzulehnen und beiderseitig freiwilligen Modellen absoluter Vorrang einzuräumen.

Arbeit und Soziales

Bei der EU-Arbeitszeitrichtlinie wollen wir innerhalb des bestehenden gesetzlichen Rahmens mehr Selbstbestimmung für Arbeitnehmer, ohne ihren Schutz aufzuweichen, und mehr Flexibilität für Arbeitgeber. Hier wollen wir vor allem die besondere Situation im Hotel- und Gaststättengewerbe berücksichtigen.

Das ist ein äußerst begrüßenswerter Anfang. Grundsätzlich brauchen wir in allen Branchen und Bereichen eine im Gesetz verankerte flexiblere Verteilung der Arbeitszeit – weg von der täglichen Betrachtung hin zu einer wöchentlichen Betrachtung mit durchschnittlich maximal 48 Stunden pro Woche bei einer täglichen Mindestruhezeit, die betrieblich entsprechend der jeweiligen Aufgaben und Tätigkeiten festgelegt wird.

Wir werden Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit durchführen.

Abzulehnen. In Bayern dafür kein Bedarf. Aus dem Sinn und Zweck der ehrenamtlichen Richterschaft ergibt sich, dass die Sichtweise der jeweiligen Sozialpartner einzubringen ist. Schulungen müssen daher auch über die Sozialpartner erfolgen. Für die Arbeitgeberseite sollen die Fortbildungen bei den Verbänden verbleiben. In Bayern ist dafür seit vielen Jahren die vbw vorschlagsberechtigte Institution.

Soziales – Gesundheit, Pflege, Rente

Vorhaben Koalitionsvertrag

vbw Bewertung

Die Koalitionspartner wollen sich auf Bundesebene für die Einführung der Mütterrente III einsetzen.

Das Vorhaben ist klar abzulehnen. Eine erneute Ausweitung der Mütterrente würde zu einer erheblichen finanziellen Belastung der Rentenkassen führen und die Beitragssatzstabilität gefährden.

Für deutsche Spätaussiedler sollen Verbesserungen bei der Rente erreicht werden.

Die Forderung bleibt unspezifisch, ist aber im Grundsatz abzulehnen. Es drohen weitere Belastungen der Rentenkasse, die durch die Beitragszahler getragen werden müssen.

Arbeit und Soziales

Hinsichtlich der Doppelverbeitragung der Betriebsrenten soll eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht werden.	Die vollständige Abschaffung der Doppelverbeitragung ist abzulehnen, da diese mit erheblichen Kosten für die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung einhergehen würde und somit Beitragssatzsteigerung (0,2 Prozentpunkte in der GKV, 0,03 Prozentpunkte in der SPV) drohen. Eine vollständige Rückabwicklung der Doppelverbeitragung würde Kosten in Höhe von 42 Mrd. Euro verursachen.
Stärkung der wohnortnahen medizinischen und pharmazeutische Versorgung	Grundsätzlich positiv, aber insgesamt noch vage
Erhöhung der Zahl der Medizinstudienplätze um über 2.000 und Flexibilisierung der Studienzulassung	zu begrüßen
Einführung einer Landarztquote und einer neuen Landarztprämie; Landarztstipendien auch für Fachärzte	als <i>ein</i> Baustein sinnvoll; es fehlen weitere innovative Ansätze; wir brauchen Anreizsysteme für ausgebildete Ärzte zur Übernahme von Landarztpraxen in jenen Räumen, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind und gleichzeitig über eine geringe Versorgungsquote verfügen.
Einbeziehung der Kommunen in die Gesundheitsversorgung vor Ort	positiv
Steuerung der Niederlassung von Ärzten mit dem Instrument der kleinräumigen Bedarfsplanung	negativ, da planwirtschaftlicher Ansatz
Hinwirken auf einen Regionalfaktor im Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) beim Bund	wichtig und richtig
Überprüfung der Betriebskostenfinanzierung auf Bundesebene, z. B. durch eine Überarbeitung des Fallpauschalen-Systems	Zustimmung
Gründerpaket in Höhe von 5.000 Euro für Hebammen	zu begrüßen

Arbeit und Soziales

Unterstützung der Träger für passende Nutzungskonzepte und ggf. nötige Umstrukturierungen	positiv
Überprüfung der Betriebskostenfinanzierung auf Bundesebene	problematisch, da nachteilige Konzepte zu erwarten sind
Verbleib der Krankenhausplanung in der Verantwortung der Länder	nachvollziehbar; zentralistischer Steuerung wäre schlimmer
Weiterer Ausbau der Palliativ- und Hospizversorgung	positiv
Organspendebereitschaft erhöhen	grundsätzlich positiv
Stärkung der Gesundheitskompetenz ab dem Kindesalter u.a. durch umfassende Präventionsstrategie	positiv
Festhalten am Landespflegegeld von 1.000 Euro jährlich; Schaffung neuer Kurzzeitpflegeplätze	unter Finanzierungsvorbehalt
Pflegefachkräfteprogramm: Anwerbung und Förderung inländischer und ausländischer Fachkräfte	Zustimmung. Ein Fachkräftemangel ist bereits heute aber nicht nur bei Pflegepersonal spürbar, sondern auch beim medizinischem Personal, in der Pharmaproduktion, speziell bei kleineren Unternehmen und in den eher handwerklich bzw. technisch ausgerichteten Berufen sowie z.B. in der Orthopädietechnik
starke und schlagkräftige Interessenvertretung der Pflegenden	problematisch, klingt nach Pflegekammer

Familienpolitik

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Ausbau des Angebots an Kinderbetreuung	positiv
Flexible Betreuungsmodelle, Stärkung der Randzeiten durch 2.000 zusätzliche Tagespflegekräfte	positiv, aber vage
Kita-Busse; staatlicher Zuschuss an daran beteiligte Kommunen	Offen bleibt, wer diese Leistung primär anbieten soll: Kommunen, private Anbieter oder soziale Dienste?
Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuung durch mehr Personal: mögliche Zulage für Gebiete mit sehr hohen Lebenshaltungskosten	Sinnvoll, aber unter Finanzierungsvorbehalt (wird nur „geprüft“)
Beitragsfreiheit für alle drei Kindergartenjahre	unter Finanzierungsvorbehalt
Monatlich 100 Euro pro Kind (ab 2. Lebensjahr), wenn Kinderbetreuungsbeiträge mindestens in dieser Höhe gezahlt werden	unter Finanzierungsvorbehalt
Fortführung des Bayerischen Familiengeldes	aufgrund der damit verbundenen Wahlfreiheit grundsätzlich positiv

Fachkräftesicherung

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Durch das Bayerische Fachkräfteprogramm sollen Betriebe gezielt dabei unterstützt werden, qualifizierte Mitarbeiter zu finden.	Das Bekenntnis zum Bayerischen Fachkräfteprogramm ist zu begrüßen. Die vbw hat hierzu zusammen mit der Bayerischen Staatsregierung die Initiative Fachkräftesicherung+ gestartet.

9 Flüchtlingsintegration

Vorhaben des Koalitionsvertrags schreiben hier die bisherige Arbeit der Staatsregierung weitgehend fort und sind insgesamt zu begrüßen

Der Koalitionsvertrag setzt die bisherige Linie der Bayerischen Staatsregierung im Bereich der Fluchtmigration weitgehend fort. In den eher allgemein gehaltenen Vorhaben gibt es Gemeinsamkeiten mit den Positionen der vbw, beispielsweise beim Ziel beschleunigter Asylverfahren und der stärkeren Nutzung der 3+2-Regelung.

Das explizit genannte Vorhaben, gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, deckt sich eher nicht mit dem Ansatz der vbw, die Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt voran zu treiben. Befristete Beschäftigungsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt wären hier die richtige Lösung.

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Illegale Zuwanderung nach Bayern muss durch Grenzkontrollen und durch einen Ausbau der Schleierfahndung unterbunden werden.	Grundsätzlich nachvollziehbar, dauerhafte Grenzkontrollen sind allerdings abzulehnen
Über Klagen von Asylbewerbern gegen ablehnende Bescheide muss schneller entschieden werden können. Hierfür stellen wir ausreichend Verwaltungsrichter zur Verfügung.	Schnellere Entscheidungen im Klageverfahren sind notwendig und zu begrüßen.
Damit das System nicht ausgenutzt wird und funktioniert, brauchen wir eine konsequentere Rückführungspraxis für Menschen ohne Aufenthaltsrecht.	Grundsätzlich zu befürworten, angesichts differenzierter Duldungsgründe wird die konkrete Umsetzung aber nicht einfach.
Die Maßnahmen aus dem Bayerischen Asylplan setzen wir konsequent um. Insbesondere gewährleisten wir schnelle Verfahren durch die bestehenden ANKERZentren und das Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen. Wir nutzen die ANKER-Zentren für schnelle Entscheidungen. Im Falle der Bleibeberechtigung soll die Unterbringung möglichst dezentral erfolgen.	Beschleunigung von Asylverfahren ist notwendig und richtig. Wie konkrete Umsetzung praktiziert werden soll, wird nicht erläutert. Nähere Informationen zur Gewährleistung von schnellen Verfahren durch die ANKER-Zentren und das Landesamt für Asyl fehlen. Dezentrale Unterbringung und Verteilung ist zu begrüßen.

Flüchtlingsintegration

Das Sachleistungsprinzip bei der Versorgung von Asylbewerbern hat grundsätzlich Vorrang. Damit werden Geldtransfers in die Herkunftsstaaten erschwert. Wir führen bargeldlose Bezahlssysteme ein.	Entspricht den bisherigen Vorhaben der Bundesregierung und der Umsetzung in den ANKER-Zentren
Wir wollen gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber schaffen.	Gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten sind weitestgehend abzulehnen und sollten Ultima Ratio bleiben.
Einen „Spurwechsel“ lehnen wir ab. Besondere Integrationsleistungen von Asylbewerbern erkennen wir aber im Einzelfall an. Die Balance zwischen Humanität und Realismus wollen wir insofern halten, indem wir die 3+2-Regelung noch offensiver anwenden werden, um die Potentiale der zu uns gekommenen Menschen nutzbar zu machen.	Die Ablehnung eines generellen Spurwechsels für Geflüchtete ist aus Sicht der vbw nachvollziehbar. Einzelfallprüfungen und die konsequente Anwendung der 3+2-Regelung sind zu begrüßen. Die Umsetzung bleibt abzuwarten, da die Ausländerbehörden die Ermessensentscheidungen in der Anwendung der 3+2-Regelung bis dato nicht einheitlich vollziehen. Da der Pflegebereich massiv vom Fachkräftemangel betroffen ist, ist dies zu begrüßen. Warum aber nur dieser Bereich mit hoher Nachfrage nach Fachkräften explizit genannt wird, ist nicht ganz nachvollziehbar.
Wer sich etwa zur Pflegefachkraft ausbilden lässt, hat eine Chance auf ein Bleiberecht in Bayern.	
Wir werden einerseits Rückkehrhilfen intensivieren, andererseits bei nicht bleibeberechtigten und straffälligen Personenauch weiterhin konsequent abschieben. Dafür haben wir weitere Abschiebehaftplätze geschaffen und werden in Passau und Hof weitere Abschiebungshaft-einrichtungen bauen. Zudem führen wir eigene Abschiebeflüge durch und prüfen ein größeres bayerisches Engagement in den Herkunftsländern, um Rückführungen zu erreichen und human zu begleiten.	Grundsätzlich zu begrüßen

Flüchtlingsintegration

In Bayern gelingt Integration nach dem Grundsatz des Förderns und Forderns. Integration ist und bleibt eine wichtige Zukunftsaufgabe. Zentrale Handlungsfelder sind für uns vor allem die Unterstützung des Ehrenamtes vor Ort, die Koordinierung der Integrationsangebote und die Vermittlung der deutschen Sprache. Die Asylhelferkreise sind uns dabei wichtige Ansprechpartner.

Grundsätzlich zu begrüßen, aber wenig konkret

Migranten mit Arbeitsmarktzugang sollen rasch und effektiv in den Arbeitsmarkt integriert werden. Schwerpunkte setzen wir dabei auf Vermittlung in Ausbildung und Arbeit, Stabilisierung der Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse, Weiterqualifizierung sowie die berufsbezogene Sprachförderung.

Liegt voll auf Linie der vbw. Interessant bleibt, wie die „Schwerpunkte“ im konkreten Handeln gesetzt werden.

Gerade die Integration von Migrantinnen im Bereich Arbeit und Ausbildung wollen wir unterstützen, damit wir der Schlüsselrolle von Frauen und insbesondere Müttern bei der Integration gerecht werden.

Grundsätzlich zu befürworten, da weibliche Geflüchtete (insbesondere Mütter) im Bereich Ausbildung und Arbeit schwierigere Startvoraussetzungen haben.

Unter Punkt „Für ein starkes Bayern im Herzen Europas“:
Wir engagieren uns in Afrika und stärken die Entwicklungszusammenarbeit. Besonders wichtig ist dabei die Fluchtursachenbekämpfung. Die Minderung von Fluchtursachen ist Teil der Bayerischen Asylstrategie.

Grundsätzlich zu begrüßen, wenn auch im Detail spannend bleibt, wie hier Akzente konkret gesetzt werden sollen.

10 Finanzpolitik

Die Koalition hat stabilitäts- und wachstumsorientierte Eckpunkte zur Finanzpolitik vereinbart

Die zur Finanzpolitik vereinbarten Punkte führen zu einer weiter stabilitäts- und wachstumsorientierten Steuer- und Haushaltspolitik der Staatsregierung. Der für vereinbarte Maßnahmen festgehaltene Haushaltsvorbehalt ist sinnvoll, lässt allerdings im Laufe der Legislaturperiode Auseinandersetzungen zu politischen Prioritäten erwarten. Haushaltspolitisch muss es über die vereinbarten Punkte hinaus um den Abbau impliziter Staatsverschuldung und höhere Ausgabeneffizienz gehen. Bei Vorhaben zur Unternehmensbesteuerung müssen Belange aller Unternehmen im Fokus stehen, also nicht nur der besonders adressierten kleinen und mittleren Unternehmen.

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Haushalt ohne Neuverschuldung, Einhaltung der Schuldenbremse	Zustimmung
Umsetzung vereinbarter Maßnahmen nach Maßgabe der Haushaltsmöglichkeiten	Zustimmung, sofern die Ausgabenstruktur zukunftsgerecht auf Innovation, Investitionen und Standortqualitäten ausgerichtet bleibt
Anhaltend hohe Investitionsquote, stabile Personalquote, langfristige Finanzierung der Versorgungsausgaben für Beamte des Freistaats	Die Investitionsquote sollte steigen, ansonsten Zustimmung
Sorgfältiger Umgang mit und weiter Bildung ausreichender Haushaltsreserven	Zustimmung
Schuldenabbau, Schuldenfreiheit bis 2030	Zustimmung
Keine Steuererhöhungen	Zustimmung
Fester Fahrplan für Komplettabschaffung des Soli, keine Integration in die Einkommensteuer	Zustimmung
Mittelstandsfreundliche Unternehmenssteuerreform zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen in Deutschland	Zustimmung, allerdings müssen alle Unternehmen erreicht werden. Zentrales Ziel: Steuerlastbegrenzung auf 25 Prozent

Finanzpolitik

Steuerrecht für Landwirte: bessere Rückstellungsmöglichkeiten, Vermeiden von Nachteilen bei Grund- und Grunderwerbsteuer	Zustimmung
Aufkommensneutrale Reform der Grundsteuer, wertunabhängiges Einfach-Grundsteuermodell	Zustimmung
Grunderwerbsteuer: Freibetrag bei erstmaligem Erwerb von Wohnimmobilien	Darf nicht zu Zusatzbelastung anderer Erwerbe führen
Regionalisierung der Erbschaft- und Schenkungsteuer, Anhebung persönlicher Freibeträge	Zustimmung, zusätzlich müssen technische Fehler der Erbschaftsteuerreform 2016 rasch ausgeräumt werden
Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung mit Steuergutschrift insbesondere für KMUs	Zustimmung zur steuerlichen Forschungsförderung per Steuergutschrift, erreicht werden müssen damit allerdings alle Unternehmen
Verkürzung der Aufbewahrungspflichten für Steuerunterlagen von zehn auf sechs Jahre	Zustimmung

11 Tourismus

Vorschläge der Koalitionäre zum Tourismus sind positiv zu bewerten

Die im Koalitionsvertrag genannten Vorschläge zur Förderung des Tourismus sind positiv zu bewerten, wie etwa die Fortsetzung der Tourismusoffensive mit der Stärkung von Beratung und Förderung oder den weiteren Ausbau des Bayerischen Zentrums für Tourismus um Themen wie Digitalisierung, Marketing und sanfter Tourismus. Wichtig wären darüber hinaus konkrete Hilfestellungen für Unternehmen, etwa in Form von Leitfäden, und eine Reduzierung bürokratischer Anforderungen auf das notwendige Mindestmaß.

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Fortsetzung der Tourismusoffensive mit Stärkung von Beratung und Förderung	Positiv. Um eine Tourismuswirtschaft „aus einem Guss“ zu schaffen, müssen die Verwaltungs- und Managementstrukturen im Tourismus gestrafft und gezielt gestärkt werden.
Bayerisches Zentrum für Tourismus in Kempten um zentrale Themen (Digitalisierung, Marketing, sanfter Tourismus) weiter ausbauen	Positiv
Entlastung der Auszubildenden	Positiv
Stärkung der Kur- und Heilbäder	Positiv

12 Außenwirtschaft

Die Ausführungen im Koalitionsvertrag zur Außenwirtschaft sind weitgehend zutreffend

Die Aussagen sind nahezu deckungsgleich mit den Forderungen unserer Verbände.

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Zusammenfassung und Ertüchtigung der „Wirtschaftsagentur Bayern – Bavaria Trade and Invest“	Zustimmung
Verbesserung der Außenwirtschaftsförderung und stärkere Ausrichtung auf KMUs, Unterstützung der Gründerszene	Zustimmung
Für freien und fairen Welthandel und gegen Protektionismus, Bekenntnis zur exportorientierten Wirtschaft als eine Grundlage unseres Wohlstands; kein Wettbewerb nach unten	Zustimmung
Schutz des Industriestandorts Bayern und seiner Unternehmen vor unfairen, nicht-marktlichem Wettbewerb; Absenkung der Prüf- und Eingriffsschwelle	Zustimmung
Bayern steht zu den transatlantischen Beziehungen als tragender Pfeile	Zustimmung
Engagement in und stärkere Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika, besonders mit dem Ziel der Fluchtursachenbekämpfung	Zustimmung
Mit bayerischem Afrika-Paket EU- und Bundesprogramme ergänzen, durch Hilfe zur Selbsthilfe Eigenverantwortung stärken	Zustimmung
Bayerische Entwicklungspolitik in Afrika in enger Zusammenarbeit mit NGOs gestalten	Zustimmung

13 Europa

Europapolitischen Aussagen kann durchgehend zugestimmt werden

Es ist zu begrüßen, dass sich die CSU und die FREIEHN WÄHLER mit aller Deutlichkeit zu Europa bekennen und sich das Ziel setzen, es aktiv mitzugestalten. Darüber hinaus ist es positiv zu bewerten, dass sich die Koalitionspartner für ein Europa der Regionen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip und ein Fokussieren der Europäischen Union auf ihre Kernkompetenzen aussprechen.

<i>Vorhaben Koalitionsvertrag</i>	<i>vbw Bewertung</i>
Europapolitik gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, Stärkung des Ausschusses der Regionen, Umsetzung von EU-Gesetzgebung nach dem Leitsatz 1:1	Zustimmung
Ausbau des europäischen Außengrenzschatzes auf 10.000 Frontex-Kräfte bis 2020, gerechte Verteilung von Flüchtlingen, effektives Rückführungssystem durch Rückführungsabkommen mit Drittstaaten	Zustimmung
Europäische Finanzarchitektur der Eigenverantwortung, Ablehnung einer Schuldenunion	Zustimmung
Faire und regelbasierte EU-Handelspolitik, geschlossenes Auftreten nach außen	Zustimmung
Enges Verhältnis zum Vereinigten Königreich auch nach dem Brexit, Eröffnung einer Repräsentanz des Freistaats Bayern im Vereinigten Königreich	Zustimmung
Mitgestaltung an der EU-Strukturpolitik und den EU-Regionalfördergebieten, Einsetzen für Förderung Bayerns durch EFRE-Mittel in der Förderperiode 2021 bis 2027	Zustimmung

Ansprechpartner / Impressum

Raimo Kröll

Büroleiter des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers

Telefon 089-551 78-104

Telefax 089-551 78-106

raimo.kroell@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw November 2018